

Lernresistenz und Kommunikationsverweigerung: Die Politbüros von SED und Kommunistischer Partei der Tschechoslowakei als retardierende Elemente im „1989er-Prozess“

von
Christoph Boyer

Wenn im Rahmen eines Schwerpunktes über „1989“¹ als transnationales Diskurs- und Medienereignis ein Beitrag über Kommunikationsverweigerung vorgelegt wird, wenn also Schwarz thematisiert wird, wo Weiß zu erwarten war, so ist dies erläuterungsbedürftig. Unstreitig ist in den Wenden, Systemwechseln oder sanften Revolutionen² in Ostmitteleuropa vieles, national wie transnational, diskursiv angestoßen und medial vermittelt worden. „1989“ beruht, jenseits der handgreiflichen Wirkmacht von Presse, Fernsehen etc., in einem umfassenden Sinn auf Kommunikations- und Lernprozessen. Außerhalb der Arenen, in denen zwischen Herrschaft und Gesellschaft der Wandel ausgehandelt wurde, existierten im Spätsozialismus allerdings hermetisch abgeschottete Sphären und sklerotische Strukturen; sie waren gegen Veränderung durch Lernen resistent, ja immun. Sucht man nach Erklärungen für „1989“, so sind einerseits die Diskurse, die Lern- und Wandlungsprozesse, andererseits aber auch diese toten Winkel der Kommunikation in den Blick zu nehmen: Die beiden Seiten dieser *einen* Medaille zusammengenommen sind die ganze Wahrheit. Hat in diesem Rahmen zwar auch das Individuelle und Zufällige³ eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, so lassen sich ungeachtet dessen die Bedingungen der Möglichkeit von Kommunikation oder Nicht-Kommunikation im Staatssozialismus und die jeweiligen Folgen für „1989“ im Wesentlichen *systematisch* rekonstruieren.

Benötigt wird hierfür, als Folie, eine zumindest rudimentäre Theorie der Kommunikationsräume im Staatssozialismus und auf dem Weg aus diesem hinaus. Die folgenden Überlegungen skizzieren im ersten Schritt einen solchen Begriffsrahmen. Im zweiten Schritt wird eine Fallstudie präsentiert. Deren Ausgangspunkt ist *das* Mega-Problem des späten Staatssozialismus: das

¹ Die Jahreszahl in Anführungszeichen steht als Chiffre für den Ereigniskomplex.

² Versteht man unter „Revolution“ den grundstürzenden Umbau der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen, der Steuerungsmechanismen und der Kommunikationsprozeduren einer Gesellschaft in *relativ* kurzen Zeitspannen, so fällt „1989“ zweifelsohne unter diesen Begriff. Das Definitionskriterium der (physischen) Gewaltsamkeit ist weder notwendig noch hinreichend.

³ „Zufall“ soll das heißen, was in eine bestimmte Kausalkette als Wirkfaktor von außen neu hinzutritt. Zufälle sind also nicht überhaupt akausal, indeterminiert, sie stammen lediglich aus anderen Kausalketten.

Problem, das er, um zu überleben, hätte lösen müssen, aber aufgrund kommunikativer Insuffizienz nicht mehr hat lösen können. Zu zeigen ist, mit anderen Worten, wie im Einzelnen und aus welchen Gründen in der Führungsspitze der DDR – und ähnlich in der Tschechoslowakei – der Wille, die Bereitschaft und die Vorstellungskraft für einen grundstürzenden Wandel im diskursiven Wechselspiel von oben und unten, von Herrschaft und Gesellschaft,⁴ schlichtweg nicht mehr vorhanden waren. Folgerichtig traten in beiden Ländern die Parteispitzen schließlich sang- und klanglos ab. Weitete man – was im Ausblick geschieht – die Perspektive komparativ, so kommen mit Ungarn und Polen alternative Szenarien des Übergangs in den Blick. Vor diesem Hintergrund, der allerdings nur mehr mit groben Strichen skizziert werden kann, gewinnt die Transformation in DDR und ČSSR erst ihr spezifisches Profil.⁵

⁴ Die hier unterstellte Zweipoligkeit von Parteimacht und Gesellschaft ist natürlich eine grobe Vereinfachung. In den Blick zu nehmen wären etwa die Zwischenschichten sozialistischer Gesellschaften: die unteren Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die der doppelten Pression durch Forderungen der „Basis“ und Anmutungen seitens der Leitungsebene ausgesetzt waren, die situativ bedingte Koalitionen nach beiden Seiten hin eingingen und in beide Richtungen als Filter oder Puffer wirkten. Gespaltene, partielle und unklare Loyalitäten sozialer Gruppen waren die Regel. Systemnähe war graduierbar; sie korrelierte vermutlich nicht sonderlich hoch mit der Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei.

⁵ Schwerpunkt dieser Studie ist die theoriegeleitete Analyse, nicht die Präsentation neuen Faktenwissens. Deshalb wird im Folgenden vorrangig aus der wissenschaftlichen Literatur und nur in zweiter Linie aus Archivalien zitiert. Aus der im Jubiläumsjahr überbordenden Literatur zu „1989“ in allerstriktester Auswahl: GYÖRGY DALOS: 1989 – Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, München 2009; ANDREAS RÖDDER: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009; ILKO-SASCHA KOWALCZUK: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009; Revolution und Vereinigung 1989/90, hrsg. von KLAUS-DIETMAR HENKE, München 2009; GERHARD A. RITTER: Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Geschichte der deutschen Einigung, München 2009; Deutsche Demokratische Republik 1971-1990: Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, hrsg. von CHRISTOPH BOYER u.a., Baden-Baden 2008; PETER HÜBNER, CHRISTA HÜBNER: Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968-1976. Mit einem Beitrag von Christoph Boyer zur Tschechoslowakei, Köln u.a. 2008; CHRISTOPH BOYER: „Sorge um den Menschen“. Tschechoslowakische Sozial- und Konsumpolitik im Übergang von der Reform zur „Normalisierung“, ebenda, S. 471-514; DERS.: Normalisierung, in: Bohemia 47 (2006/2007), S. 348-360; STEPHAN WOLLE: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Bonn 1998; CHARLES S. MAIER: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt a.M. 1999; ANDRÉ STEINER: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004; BEATA BLEHOVA: Der Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei, Wien 2006; TIMOTHY GARTON ASH: Time for a Revolution?, Colchester 2009; Die Samtene Revolution. Vorgeschichte, Verlauf, Akteure, hrsg. von NIKOLAS PERZIU u.a., Frankfurt a.M. 2009; Česko a Rakousko po konci studené války. Různými cestami do nové Evropy [Tschechien und Österreich nach dem Ende des Kalten Krieges. Auf verschiedenen Wegen in ein neues Europa], hrsg. von GERNOT HEISS, Praha 2009.

Topografie staatssozialistischer Kommunikationsräume

Im bürokratischen Gesamtapparat, der das Macht- und Kontrollmonopol verwaltete, verlief die Hauptlinie der Kommunikation vertikal-hierarchisch. Der „demokratische Zentralismus“ als „dialektische Einheit“ seiner beiden Bestandteile war faktisch sehr viel weniger demokratisch als zentralistisch. „Demokratischer Zentralismus“ bedeutete im Wesentlichen das Durchstellen von Befehlen. Zwar kannte auch die hierarchische Monokratie Konsensbedarf: Herrschaft benötigt immer die Mindest-Loyalität von Gesellschaft. Inwieweit dieser Konsens allerdings aufgezwungen und manipuliert war, wäre ein eigenes, weites Feld Analysen.

Weil die notorischen Funktionsmängel des bürokratischen Steuerungsmodus immer auch und wesentlich *Kommunikationsdefizite* waren, bildeten sozialistische Systeme, sozusagen die offiziellen Institutionen untertunnelnd, zusätzliche, alternative Nachrichtenübermittlungswege aus: in der hochstalinistischen Gesellschaft die Flüsterkommunikation der vom Großen Terror geduckten *šeptajušči*⁶; das Meckern in den normaleren Zeiten, in denen die Angststarre sich löste. Samizdat war die Zirkulation grauer Nachrichten in einem umfassenden Sinn. In Reaktion auf die Leistungsschwächen der Planwirtschaft und die Funktionsdefizite von Kommunikation auf der vertikal-hierarchischen Schiene wurden, sozusagen außen um den Plan herum, Netzwerke⁷ geknüpft, die knappe Ressourcen, welche der planwirtschaftliche Mechanismus nicht zu mobilisieren imstande war, quasi-marktförmig verteilten. Dies geschah zumeist in Grauzonen; auf offiziellen Schienen hingegen bildete sich, ebenfalls zur Behebung der Funktionsdefizite zentraladministrativer Wirtschafts- und Politiksteuerung, ein Wust bürokratischer Kontrollinstanzen aus: etwa in der DDR die Arbeiter- und Bauerninspektionen. Hier wurde der Teufel dann mit dem Beelzebub ausgetrieben.⁸ Auch auf dem Weg von der Herrschaft in die Gesellschaft hinein und *vice versa* wurden Pfade festgelegt: Alle sozialistischen Reformen waren auch als Kommunikationsreformen intendiert: Perestrojka, um nur ein Beispiel zu nennen, setzte den Hebel bei Glasnost an. Dass im Prager Frühling unverzüglich die Pressezensur abgeschafft wurde, war kein Zufall. In diesen Zusammenhang gehört nicht zuletzt das insbesondere im späten Sozialismus florierende Eingabewesen. Hier ist schließlich auch der systematische Ort der Geheimdienste, die im Spätsozialismus zu gigantischen Umfängen heranwuchsen. Die ostdeutsche Staatssicherheit und das tschechoslowakische Pendant der *státní bezpečnost* waren,

⁶ Vgl. ORLANDO FIGES: *Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland*, Berlin 2008.

⁷ *Vernetzte Improvisationen. Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR*, hrsg. von ANNETTE SCHUMANN, Köln u.a. 2008.

⁸ Vgl. etwa THOMAS HORSTMANN: *Logik der Willkür. Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle in der SBZ/DDR von 1948 bis 1958*, Köln u.a. 2002.

jenseits aller Schnüffeleien im „Leben der anderen“⁹, immer auch Informationsbeschaffungsagenturen und Frühwarnsysteme, wenn auch nicht sonderlich taugliche.

Lernresistenz und Kommunikationsverweigerung: Eine Fallstudie

Die Funktionsdefizite des hierarchisch-bürokratischen Modus der Steuerung und Kontrolle waren bereits im „Aufbau des Sozialismus“ unübersehbar.¹⁰ Sie waren, wie sich in der Folgezeit erwies, weder durch offizielle Reformen noch durch Krücken oder auf selbstorganisierten Pfaden zu beheben. Lebensbedrohlich wurden die Gebrechen jedoch erst ab Anfang der 1970er Jahre: An der damals sich herausbildenden spezifischen Problemkonstellation in Kombination mit der systemisch bedingten Kommunikations- und Lernunfähigkeit scheiterten die Staatssozialismen letztlich.

Das eingangs apostrophierte, von den ostmitteleuropäischen Staatssozialismen nicht mehr gelöste neue Problem, die Transformation der klassisch-fordistischen Industriegesellschaft auf der technologischen Basis der zweiten industriellen Revolution in die digitale Dienstleistungsgesellschaft der dritten – der elektronischen – industriellen Revolution, stellte sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts eigentlich systemübergreifend.¹¹ Der grundstürzende technisch-ökonomische Wandel und dessen sozialkulturelle Folgewirkungen wurden in den staatssozialistischen Gesellschaften durch die starren politischen Steuerungs-, Entscheidungs- bzw. Kontrollmechanismen und durch die planwirtschaftsinhärenten Innovationsbarrieren gebremst. Hatte die Strategie des extensiven Wirtschaftswachstums im „Aufbau des Sozialismus“ noch beachtliche Erfolge gezeitigt, so gelang mit dem Instrumentarium zentraladministrativer Wirtschaftssteuerung der Übergang zu intensivem Wachstum und zum Computerzeitalter nicht mehr. Weil die Staatssozialismen im Wesentlichen auf dem sozialökonomischen Entwicklungsniveau der zweiten industriellen Revolution stagnierten, wurde in den 1970er und 1980er Jahren die Modernisierungslücke zum Westen, der einem ähnlichen Anpassungs- und Innovationsdruck unterlag, jedoch über deutlich flexiblere Mechanismen der Steuerung des Wandels verfügte, zusehends breiter.

Die Probleme akkumulierten, ja potenzierten sich durch einen weiteren Umstand: Generalthema der sozialistischen Reformen in den 1950er und vor

⁹ In Anspielung auf den Film gleichen Titels unter der Regie von Florian Henckel von Donnersmarck (2006).

¹⁰ Vgl. JÁNOS KORNÁI: Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995, S. 35-428.

¹¹ Vgl. zu diesem Problemrahmen: IVAN T. BEREND: From the Soviet Bloc to the European Union, Cambridge 2009, S. 23-52; CHRISTOPH BOYER, FRIEDERIKE SATTLER: In Lieu of an Introduction: Big Structures, Large Processes and Huge Comparisons: A Frame of Interpretation, in: European Economic Elites Between a New Spirit of Capitalism and the Erosion of State Socialism, hrsg. von DENS., Berlin 2009, S. 19-70.

allem den 1960er Jahren waren die Dezentralisierung, Flexibilisierung und Ökonomisierung der Lenkungs- und Anreizmechanismen, insbesondere der Einbau von Marktelementen in das Plansystem und die Aktivierung des „persönlichen materiellen Interesses“ der Werktätigen gewesen. Die Durchschlagskraft solcher Umbauten am Systemmechanismus war allerdings durch die temporär womöglich geschwächte und in ihrer Reichweite beeinträchtigte, im Prinzip jedoch ungebrochene Parteimacht systematisch limitiert: *Alle* sozialistischen Reformen scheiterten so letztendlich am Behauptungswillen der Herrschafsklasse.¹² 1971 wurden in der DDR die Experimente mit Walter Ulbrichts „Neuem Ökonomischem System“ endgültig beendet; der Prager Frühling war bereits 1968/69, unter tätiger Mithilfe der sowjetischen Hegemonialmacht, liquidiert worden. Es folgten der „Realsozialismus“ der Ára Honecker und das „Normalisierungsregime“ Gustáv Husáks. Beide setzten Parteiherrschaft und zentraladministrative Planwirtschaft als die zentralen Elemente des – von János Kornai¹³ sogenannten – klassischen Systems des Staatssozialismus wieder in ihre Rechte ein. Diese politisch-ökonomische Restauration wurde mit sozialer Pazifizierung durch umfangreiche und kostenintensive Lebensstandardprogramme kombiniert. Das auf dem VIII. Parteitag der SED (1971) als Morgengabe des neuen Generalsekretärs Erich Honecker für die Bevölkerung präsentierte Programm einer Hebung des „materiellen und geistig-kulturellen Lebensniveaus des Volkes“ wurde 1976 mit der Formel von der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ kanonisiert und auf dem X. und dem XI. Parteitag der SED (1981 bzw. 1986) und mit der Direktive zum Fünfjahrplan 1986-1990 bekräftigt.

Zur tschechoslowakischen „Normalisierung“ gehörte eine vergleichbare sozial- und konsumpolitische Wende; auch hier gewann die Strategie materieller Pazifizierung zentrale Bedeutung für die Ruhigstellung der Bevölkerung. Jenseits der tagespolitischen Anlässe wurzelte die neue Gesellschaftsstrategie in älteren Traumata: Aufstände niederzuschlagen, so die Lernerfahrung aller ostmitteleuropäischen kommunistischen Regime aus „1953“ bzw. „1956“, war kostspielig im weitesten Sinn des Begriffs. Von den Neuen Kursen der 1950er Jahre führt so eine Entwicklungslinie zur sozialistischen Konsum- und Sozialpolitik der 1970er und 1980er Jahre. Sie war die Antwort der Staatsparteien auf die immer drängenderen materiellen Erwartungen der Bevölkerung. Die konsumpolitische Wende substituierte die sozialistische Utopie, an die nur mehr die Karrieristen zu glauben vorgaben; nicht zuletzt suchte sie der zusehends schärferen Ost-West-Konkurrenz auf dem Terrain des Lebensstandards zu begegnen.¹⁴

¹² KORNÁI (wie Anm. 10), S. XXV f.

¹³ Ebenda, S. 35-428.

¹⁴ Vgl. PETER HÜBNER, JÜRGEN DANYEL: Soziale Argumente im politischen Machtkampf: Prag, Warschau, Berlin 1968-1971, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002), S. 804-832; HÜBNER/HÜBNER (wie Anm. 5).

„Realsozialismus“ und „Normalisierung“ waren, nach der endgültigen Erschöpfung des Reformelans Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre, analoge Antworten auf ähnliche Herausforderungen. In beiden Regimen waren die Anfangserfolge der neuen Gesellschaftsstrategie beträchtlich: Das deutlich gesteigerte Warenangebot stieß in breiten Kreisen der Bevölkerung zunächst auf positive Resonanz; sie mobilisierten Loyalität bzw. veranlassten zumindest zum Stillhalten. Längerfristig allerdings hatten sich die Parteieregime, wie sich aus der Rückschau erweist, mit der Umsteuerung in eine tödliche Falle manövriert: Zum einen wurde die energisch egalisierende, alle Leistungsanreize einebnende Konsum- und Sozialpolitik von einem Stimulus für Leistung, Produktion und Produktivität bald zur Schranke der Produktivkraft. Zum Zweiten überlasteten die konsumtiven Aufwendungen strukturell die Leistungskraft der Planwirtschaften; vor allem zehrten sie die Ressourcen auf, die zur Aufrechterhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit in die Modernisierung der Volkswirtschaft und insbesondere in den Übergang zur dritten industriellen Revolution hätten investiert werden müssen. Konsum- wie Investitionsgüter wurden, weil die Planwirtschaften sich zur Bereitstellung in ausreichender Menge nicht imstande sahen, in nicht unbeträchtlichem Ausmaß auf Kredit importiert. Im Fall der DDR resultierten diese Einfuhren längerfristig in einer immensen Devisenverschuldung, die Ende der 1980er Jahre das Land an den Rand des Staatsbankrotts führte. Die Außenverschuldung bewirkte die Paralyse, ja tendenzielle Entmachtung des ostdeutschen Staatssozialismus durch den „Klassenfeind“ und die internationalen Finanzmärkte: Vor dem Hintergrund ihrer finanziellen Abhängigkeit wurde die DDR für die Forderungen des Westens auf dem Gebiet der Menschenrechte nämlich sehr viel deutlicher als vorher empfänglich bzw. zur Zügelung ihres Vorgehens gegen die Bürgerrechtler veranlasst. Die ČSSR entging der Schuldenfalle – allerdings um den Preis einer zusehends engeren ökonomischen und politischen Bindung an die Sowjetunion, welche längerfristig Modernisierungskapazitäten und Handlungsspielräume gravierend beengte und den Weg des Landes in die Unterentwicklung vorzeichnete.¹⁵

Das existenzielle Problem des späten Sozialismus war nicht so sehr sein *absolute* Leistungsdefizit als die, gemessen an der Referenzgröße „Westen“, sich immer deutlicher abzeichnende *relative* Leistungsunterlegenheit. Nun ließe sich einwenden, „Westen“ und „Osten“¹⁶ seien sozusagen verschiedene Planeten und die unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten seien sozusagen virtuelle Größen gewesen. Dies trifft jedoch nicht zu: Im Zeichen der

¹⁵ CHRISTOPH BOYER: Einleitung, in: Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich, hrsg. von DEMS., Frankfurt a.M. 2006, S. IX-XLI.

¹⁶ „Westen“ bzw. „westliches Modell“ ist hier nicht in erster Linie als Herkunfts-, sondern als Typenbezeichnung gemeint: Das westliche Gesellschaftsmodell fand sich nach 1945 zunächst in Westeuropa, in Mitteleuropa westlich des Eisernen Vorhangs und in Skandinavien, seit dem Ende der autoritären bzw. faschistischen Diktaturen wurde es ab Mitte der 1970er Jahre auch auf der iberischen Halbinsel installiert.

Entspannungspolitik, mit dem wachsenden Einfluss der westlichen Medien in der DDR und mit der deutlichen Verdichtung der innerdeutschen Kontakte, auch und vor allem auf der unteren Ebene, wurde die Systemgrenze zusehends porös. Offiziell und auf dem Papier war zwar auch in den 1980er Jahren das Meinungsmonopol der SED noch unangefochten: Die Medien der DDR wurden zwar nicht durch eine Zensurbehörde, aber doch durch sanktionsbewehrte „Empfehlungen“, durch die tagespolitische Medienanleitung, durch Anweisungen aus der ZK-Abteilung Agitation, nicht zuletzt durch vielfältige direkte Eingriffe Honeckers dirigiert und kontrolliert. Aus diesem Grund konnten, ungeachtet aller faktischen Lücken im Kontrollmechanismus, die kardinalen Probleme der späten DDR von der Wohnungsfrage und den sonstigen Versorgungsmängeln über die Umweltmisere bis hin zur Ausreise- und Fluchtwelle weitgehend ignoriert bzw. in die kleine Münze der Detailkritik an „Behördenschlamperei“ und „Verfehlungen untergeordneter Funktionäre“ umgewechselt werden. Die Schleifung der medialen Außenmauern des Landes durch die Einwirkung westlicher Radio- und Fernsehstationen und die zunehmende Dichte direkter Westkontakte der Bevölkerung leisteten der Hinwendung vor allem der jungen Generation, aber nicht nur dieser, zur „bürgerlichen“ Lebensweise Vorschub und leiteten die Wiedervereinigung auf mentaler Ebene ein. Im letzten Jahrzehnt der DDR konsumierten bis zu 90 Prozent ihrer Bevölkerung regelmäßig Westrundfunk und Westfernsehen; die Begehung der elektronischen Brücke galt immer als unerwünscht, war jedoch niemals unter Strafe gestellt. Hatten bereits in den siebziger Jahren auch die systemnahen Segmente der Bevölkerung wie etwa Lehrer, NVA- und MfS-Offiziere das Angebot genutzt, wenn auch vorerst noch unter der Hand, so wurde in den 1980er Jahren über die Inhalte allgemein offen am Arbeitsplatz diskutiert; kurioserweise setzte in manchen Fällen die Informationspolitik der Staatspartei bei der Bevölkerung die Kenntnis von Westsendungen stillschweigend voraus.¹⁷

Stellte die Propaganda Mauern und Stacheldraht als „antiimperialistischen Schutzwall“, als Vorkehrungen nicht gegen das *Ausbrechen* der eigenen Bevölkerung, sondern gegen das *Eindringen* feindlich-subversiver Kräfte dar, so war die Rede vom „Schutzwall“ *eben doch* nicht gänzlich falsch: Die physische Kontaktsperre sollte der kommunikativen Penetration der Bevölkerungen durch den überlegenen Westen einen Riegel verschieben. Weil dies bekanntlich nicht mehr gelang, war „1989“ ein wesentlich auch transnational-medial bewirktes Ereignis. Nicht nur westliche Vorstellungen von Recht und Freiheit, von Selbstverwirklichung und Partizipation, auch elaborierte Vorstellungen von Lebensstandard wurden nun elektronisch importiert; sie ließen die in den 1970er und 1980er Jahren unter den Vorzeichen der sozialistischen

¹⁷ GUNTER HOLZWEISSIG: Medien und Medienlenkung, in: Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den achtziger Jahren, hrsg. von EBERHARD KUHR T u.a., Bd. 1: Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Opladen 1996, S. 51-81.

Sozial- und Konsumpolitik erreichte deutliche Verbesserung der Lebensbedingungen, überhaupt die soziale Sicherheit im Sozialismus als Selbstverständlichkeiten erscheinen. Kaum hinterfragter Urteilsmaßstab der Bevölkerung war nun nicht länger die Befriedigung der Grundbedürfnisse, sondern das über den Äther vermittelte Bild vom Warenangebot im Westen, insbesondere im gehobenen und Luxussegment, etwa in den Bereichen Mode, Haushaltselektronik oder PKW. Der Begriff des Lebensstandards meint hier, jenseits des bloßen Gebrauchswerts der Güter, ihre Aura: den Status und Prestige, Ästhetik und Erlebnis vermittelnden Symbolcharakter. Es mangelte also im späten Staatssozialismus, ungeachtet aller fortbestehenden Lücken sogar in den Grundsortimenten, nicht mehr in erster Linie an Versorgung als vielmehr an der Konsumkultur einer – häufig nur medienimportierten und imaginierten – „Westlichkeit“. „Mangel“ reichte aus dem materiellen weit in den post- und metamateriellen Bereich hinein, in dem die Wünsche und Forderungen nach Selbstverwirklichung und Individualisierung verhandelt wurden. Inwieweit der lauter werdende Ruf nach dem Ende der Bevormundung auch die westliche Demokratie – bzw. *post-democracy* – meinte, sei dahingestellt.¹⁸

Der Parteistaat sperrte sich propagandistisch gegen diese Entwicklung: 1988 führte Erich Honecker gegen den vom „Ende des Wachstums“ und von der Deregulierung bewirkten Sozialabbau im Westen die „Geborgenheit“ der Bevölkerung in der DDR ins Feld. Im Kapitalismus vernichte „der Zeigerausschlag an den Börsen westlicher Länder ganze Vermögen“; die Märkte entschieden über das Schicksal von Millionen von Menschen, das „freie Spiel der Kräfte“ habe sich als Synonym für Ausbeutung und neue Armut, Existenzangst, Massenarbeitslosigkeit und Bereicherung der Besitzenden erwiesen – während im engen, vertrauensvollen Miteinander der Klassen und Schichten in der DDR soziale Deklassierung, „Randgruppen“ und „sozial Geächtete“ unbekannt seien.¹⁹ Gegen die „individualistische“ Auffassung des Westens in der Frage der Menschenrechte wurden die sozialen Rechte der DDR gesetzt – nicht als „kollektivistische Prinzipien“, sondern als Ausdruck der basalen Interessenharmonie von Individuum und Gesellschaft im Sozialismus. Für immer breitere Kreise der Bevölkerung waren allerdings bereits Gleichmacherei und mangelnde Leistungsorientierung zu Ärgernissen geworden.²⁰ Die „Hauptaufgabe“ und die Parole vom „Wohl des Volkes“ waren

¹⁸ Vgl. HARRY LEHMANN: Die ästhetische Wende. Warum die Deutsche Demokratische Republik am Design gescheitert ist, in: *Lettre International* 86 (2009), S. 125-132.

¹⁹ Referat Honeckers auf der Beratung des Sekretariats des ZK mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen am 12.02.1988, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig zit. SAPMO-BArch), DY 30, J IV 2/2A, 3094.

²⁰ Zentralrat der FDJ, Information über Versuche des Klassenfeindes, verstärkt politisch-ideologischen Einfluß auf die Jugend zu nehmen. Maßnahmen der FDJ zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit allen Jugendlichen, Januar 1988 [ohne Tag], SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2A, 3093, Bl. 195, 197-210; Referat Honeckers auf

durch die ständige Wiederholung zur Phrase degeneriert, die paternalistische Attitüde der Partei erschien als Zumutung, die politisch-administrativen Entscheidungsprozesse waren undurchschaubar, ihre Ergebnisse mussten als *fait accompli* hingenommen werden. Das Durchstellen von Beschlüssen und die mangelnde Resonanz aller von unten kommenden Vorschläge und Initiativen erzeugten in wachsendem Maße Lethargie. Immer weniger wurde verstanden, „warum man für das, was man selbst leistet, sich bei Partei und Staat bedanken soll, zumal viele meinen, es könne mehr geleistet werden“²¹.

Die beim ersten Hinsehen ingenüös anmutende Strategie der Systemstabilisierung durch Sozial- und Konsumpolitik schürzte also, wie beim zweiten Blick ersichtlich, einen gigantischen Problemknoten – sowohl im Blick auf die wirtschaftliche Stabilität und Entwicklungsfähigkeit des Landes als auch hinsichtlich der Loyalitätsgrundlagen des Regimes. Ähnliches galt für das Pendant der tschechoslowakischen „Normalisierung“. War der Staatssozialismus auch nicht zwangsläufig, aufgrund seiner systemischen Schwächen, *ex tunc* zum Untergang verurteilt, so stieg in seiner Spätphase die Untergangswahrscheinlichkeit doch steil an. Warum aber wurde die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ nicht, im Dialog zwischen Herrschaft und Gesellschaft, durch eine neue oder zumindest deutlich modifizierte Generallinie ersetzt?

An diesem Punkt ist über Lernresistenz und Kommunikationsverweigerung nachzudenken. Zunächst die Fakten: Wachsende institutionelle und konzeptuelle Rigidität des DDR-Regimes gingen in den 1970er und 1980er Jahren Hand in Hand. Die nach den krisenhaften Fluktuationen der Reformzeit restaurierte Partei herrschaft, die Wiederbefestigung des „demokratischen Zentralismus“, des Nomenklaturprinzips und des Unfehlbarkeitsanspruchs der Staatspartei führten nun in die extreme Überspitzung der hierarchischen Monokratie, in der die Apparate unangefochten das Erziehungs-, Informations- und Organisationsmonopol der Partei und „ihres“ Staates verwalteten.²² Die die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ implementierende Gesetzgebung war, nach einem bis zur Mitte der 1970er Jahre reichenden Schub, so gut wie abgeschlossen; ab der zweiten Hälfte des Jahrzehnts waren lediglich Modifizierungen im Detail und unerhebliche Verschiebungen im Stellenwert der Einzelpolitiken zu verzeichnen. Auf den FDGB-Kongressen wurden die Hauptbestandteile der „Hauptaufgabe“ rituell durchdekliniert. Sozialpolitische Forschung war normale Wissenschaft und praxisorientierte Auf-

der Beratung des Sekretariats des ZK mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen am 12.2.1988, ebenda, 3094.

²¹ FDJ/Zentralrat an Erich Honecker, 9.10.1989, Zentralrat der FDJ, Vorlage an das Politbüro, Anlage: Einschätzung der politischen Lage unter der Jugend, BArch Berlin, DE 1, VA 56 321, Bl. 1-50.

²² Vgl. zu den institutionellen bzw. politischen Rahmenbedingungen CHRISTOPH BOYER: Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder 1981 bis 1989, in: Deutsche Demokratische Republik 1971-1990 (wie Anm. 5), S. 116-143.

tragsforschung im Kleinen; sie füllte politische Vorgaben aus, entwickelte die Parteilinie jedoch nicht eigenständig weiter. Spielräume und Gestaltungschancen der Exekutive waren in den 1980 Jahren enger denn je durch die politische Führung begrenzt. Konzeptuelle Fähigkeiten und Aktivitäten waren wenig bzw. nur im Detail gefragt; unbedingt war schließlich der Vorrang der „Hauptaufgabe“ in der Idee und in den Grundlinien der Politik. Die Organe des Staates waren der politischen Leitung unterworfen, ausführende, nötigenfalls drastisch disziplinierte, deshalb zu Kurskorrekturen unfähige Handlanger der Partei. Deren Herrschaftsmonopol erschien, zumindest an der Oberfläche, bis kurz vor „1989“ ungefährdet.

Zentrum dieses Herrschaftsgefüges war das Politbüro. Hier war Erich Honecker treibende Kraft und Inhaber unbedingter Vetomacht – dies vor dem Hintergrund einer für den „Realsozialismus“ typischen Personalisierung der Parteiführung bzw. Konzentration der Macht an der Spitze, bei nur mehr formaler Kollektivität der Entscheidungsfindung. Die Entscheidungen speziell über wirtschafts- und sozialpolitische Fragen verlagerten sich zunehmend in kleine Gremien wie die Wirtschaftskommission oder die Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz beim Politbüro. Die Parteidiktatur war so zur Diktatur des Generalsekretärs geworden; die von Honecker im obersten Leitungsgremium eingebrachten Vorschläge wurden von der Bestätigungsmaschine ohne Widerrede gebilligt. Dass die Mitglieder des Politbüros faktisch kooptiert wurden und das Vorschlagsrecht hier dem Generalsekretär zustand, ermöglichte es diesem, über die Jahre hinweg seine Gefolgschaft auf- und auszubauen. Das Politbüro war ein hochgradig homogenisierter Denk- und Handlungsraum; Folge der quasi-feudalen Beleihung der Spitzenfunktionäre mit – wechselseitig strikt respektierten – Kompetenzen waren die zunehmende Fragmentierung der Politikbereiche, wachsende Intransparenz und das Absterben von Diskussionen. Das enge Korsett formaler Organisation und die hohe Frequenz der Alltagskontakte zwischen den Politbüromitgliedern erhöhten die Effizienz informeller wechselseitiger Kontrolle. Zwar gab es divergierende Meinungen in Einzelfragen, ja sogar subkutane Koalitionen, Fraktionen oder Zirkel wie etwa den von der Gesamtheit des Politbüros abgesonderten engsten Kreis, bestehend aus Erich Honecker, Günter Mittag und Erich Mielke. Alle potentiellen Bruchlinien wurden jedoch überwölbt von der Ideologie: Diese sprach Denkverbote und -gebote aus, sie limitierte rigoros die Kommunikations- und Handlungsoptionen, sie rechtfertigte Sanktionen gegen abweichende Meinungen. Die Stromlinienförmigkeit der Politbüromitglieder wurde durch die – ungeachtet von Unterschieden etwa der Generationenzugehörigkeit – hochgradig einheitlichen Ausbildungs- und Karrierewege im Aufstieg durch die Parteihierarchie verstärkt. Das über Staat, Wirtschaft und Gesellschaft thronende oberste Leitungsgremium war nur mehr sehr begrenzt empfänglich für Einflüsse von unten und außen und kaum mehr der Korrektur durch die Realität zugänglich. Weil jede Information auf dem Weg durch die Hierarchie nach oben rigoros kanalisiert und ideologisch gefiltert wurde,

wurden die im Denken und Handeln der obersten Führungselite verankerten Schranken täglich aufs Neue befestigt.

So also war der abgeschottete Kleinraum „Politbüro“ beschaffen, in dem während der späteren 1980er Jahre die dringend erforderlichen grundstürzenden Reformen nicht mehr heranwachsen konnten. Zwar war die Konsum- und Sozialpolitik ebenso wie die Schuldenkrise dort regelmäßig Gegenstand von Erörterungen.²³ Auch gab es Anflüge von Betroffenheit über die ökonomische Malaise und die drohende Zahlungsunfähigkeit: Man sei, so der für die Wirtschaft verantwortliche ZK-Sekretär Günter Mittag im September 1988, „an einem Punkt, wo die Sache umkippen kann“²⁴. Die Krisenursachen wurden dann allerdings in eher peripheren Widrigkeiten und in externen Zusatzbelastungen²⁵ anstatt im Widerspruch zwischen den Anforderungen der „Hauptaufgabe“ und der beschränkten wirtschaftlichen Leistungskraft der DDR gesucht; Schwierigkeiten sollten voluntaristisch überwunden werden. Die Führung wies das unter dem Etikett „Glasnost“ auftretende „Besserwissertum“²⁶ in die Schranken; die Befunde der Experten und deren – moderate – Reformvorschläge, etwa das Sparkonzept²⁷ des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, wurden durchweg auf der Ebene des Grundsätzlich-Politischen behandelt. Schürers „Überlegungen“ vom April 1988 bewegten sich im real existierenden politischen und ökonomischen Rahmen und waren mit der „Hauptaufgabe“ kompatibel; weiterreichende, potenziell systemsprengende Empfehlungen blieben im Vagen. Trotzdem wurde sein Papier auf Mittags Betreiben „vom Tisch geschoben“, der Autor wurde mit „Allgemeinplätzen“²⁸ abgeseigt, die Plankommission auf ihre Rolle als dienendes Organ der Politik ohne Recht auf Grundsatzkritik festgeschrieben. Eine Reform, so Mittag auf der gemeinsam mit Honecker seit Jahren vertre-

²³ Vgl. HANS-HERMANN HERTLE: Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR*, hrsg. von THEO PIRKER u.a., Opladen 1995, S. 309-345; BOYER, *Gesellschaftliche Strukturen* (wie Anm. 22).

²⁴ WENZEL: Arbeitsniederschrift über eine Beratung bei Erich Honecker zu den Materialien des Entwurfs der staatlichen Aufgaben 1989, 6.09.1988, BArch Berlin, DE 1, VA 56 318, unfol.

²⁵ Bei den hier ins Feld geführten Mehraufwendungen bzw. Mindereinnahmen, die den Staatshaushalt in seine Schieflage gebracht hatten, handelte es sich, abgesehen von den gestiegenen Erdöl- und sonstigen Rohstoffpreisen, um unabdingbare Ersatzinvestitionen am Schienennetz der Bahn, die faktisch uneinbringlichen Kredite in Hartwährungen an befreundete Entwicklungsländer und die Nahrungsmittelhilfe für Polen.

²⁶ WENZEL (wie Anm. 24).

²⁷ Entwurf einer Vorlage für das Politbüro, 26.04.1988, BArch Berlin, DE 1, VA 56 319, Bl. 369-382.

²⁸ SCHÜRER, *Überlegungen zur weiteren Arbeit am „Volkswirtschaftsplan 1989 und darüber hinaus“* vom 26.04.1988, ebenda, Bl. 440-469. Zur Prüfung der „Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989 und darüber hinaus“ (= Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 19 des Politbüros vom 10.05.1988), BArch Berlin, DE 1 VA, 56 320, Bl. 274-304.

tenen Argumentationslinie, beinhalte „Fragen der Sozialpolitik unserer Partei und des Staates“, die „mit einer großen Massenwirksamkeit verbunden“²⁹ seien: Die Stabilität der DDR war unterhalb des Status quo der Versorgung nicht vorstellbar. Jenseits solcher taktischer Überlegungen kam eine spürbare Senkung des Lebensstandards im Interesse einer reduzierten Auslandsverschuldung jedoch auch aus prinzipiellen politischen Erwägungen nicht in Betracht. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik müsse, so Egon Krenz im Mai 1989, „fortgeführt werden, denn sie ist ja der Sozialismus in der DDR!“³⁰ Alle Kritik an der Linie der SED geriet *stante pede* in den Ruch des „Angriffs auf die Macht der Arbeiterklasse“; alle Probleme schrumpften vor dem Hauptproblem der Machtsicherung. Die real existierende Lage zur Kenntnis zu nehmen, hätte bedeutet, dass die Beschlüsse der Partei falsch gewesen waren.

Eine Wende ließ also schon die Furcht vor einer Beeinträchtigung der Glaubwürdigkeit der Führung und vor Diskussionen in der Bevölkerung nicht zu. Strukturfragen wurden als „in schöpferischer Weise von oben nach unten als große Masseninitiative“³¹ zu lösende Leitungsprobleme wahrgenommen. Bis in den Herbst 1989 hinein verloren sich die Erörterungen der Führungsspitze in Details; wenn auch der Sparkurs als abstraktes Prinzip akzeptiert war, wurde er im eigenen Zuständigkeitsbereich von allen Politbüromitgliedern abgewehrt. Der die Existenz der DDR unterminierende Widerspruch zwischen einer energischeren Leistungsorientierung von Wirtschaft und Gesellschaft und flächendeckender sozialer Sicherung wurde mit dilatorischen Formelkompromissen überspielt. Über die Beschwörung von Disziplin, Ordnung und Kampfgeist und wolkige – systemimmanente – Empfehlungen zu Sparsamkeit, Rationalisierung und „ökonomischer Intensivierung“ gelangte das Politbüro nicht hinaus. Charakteristisch waren Problemverdrängung und -verschiebung, die Umkonstruktion der Wirklichkeit, die Ausbildung von Techniken gegenseitigen Sich-Bestätigens und die hohe Kunst der Ersatzhandlung im geschlossenen, gegen die Warnungen der Experten abgeschoteten Raumschiff Politbüro.

Soweit die Fakten. Erklärungen müssen, dies wurde eingangs vorweggeschickt, auch die Individuen in Rechnung stellen: die mentale Architektur eines Erich Honecker, Günter Mittag oder Erich Mielke und vieler anderer, nicht zuletzt deren fortgeschrittenes Lebensalter. Weil aber auch die Spitzenkader, jenseits aller individualpsychologischen Kontingenz, ein Produkt ihrer Verhältnisse waren, fokussieren die folgenden Erwägungen vorrangig auf

²⁹ Niederschrift (Wenzel) über die Beratung des Tagesordnungspunktes „Vorschläge über Maßnahmen zur ökonomischen Stärkung der DDR“ im Politbüro, 20.5.1986, SAPMO-BArch, DE 1, VA 55 383.

³⁰ Honecker an Schürer, Einladung vom 11.05.1989 und Protokoll der Äußerungen Schürers im kleinen Kreis am 16.05.1989, BArch Berlin, DE 1, VA 56 317, unfol.; Klopfer, Persönliche Notizen über die Beratung bei Erich Honecker am 16.5.1989, ebenda.

³¹ Ebenda.

Struktur und System, nicht auf Personen: Die „Hauptaufgabe“ war, erstens, gestochen scharf, unbedingt verbindlich und ohne Andeutung einer Alternative formuliert, die Gesellschaftsstrategie der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ war tief einzementiert. Mithin waren, im Wege der Umstellung der DDR auf das neue Stabilisierungs- und Steuerungsparadigma und im Übergang von Ulbricht zu Honecker, massive Pfadabhängigkeiten geschaffen worden: eine Art Selbstfesselung, vor deren Hintergrund Lernresistenz und Kommunikationsverweigerung nicht mehr erstaunlich anmuten. Eine Entfesselung wäre auch deshalb schwierig gewesen, weil die Sozial- und Konsumpolitik, nach dem Schwinden der utopischen Horizonte, als explizit im Hier und Jetzt angesiedelte Maßnahme zum innersten legitimatorischen Kern des „Sozialismus in den Farben der DDR“ gehörte. Im gegebenen Ordnungsrahmen stand die Staatspartei, aufgrund der von ihr angeeigneten umfassenden und unter den Vorzeichen des „Realsozialismus“ noch einmal befestigten Kontroll- und Regelungskompetenzen, unter dem – paradox pointiert – sehr viel harscheren Diktat „ihrer“ Herrschaftsunterworfenen als westliche politische Eliten: Diese konnten und können die Zuständigkeit für das materielle Wohlergehen der Bürger zu wesentlichen Teilen auf den Markt abschieben. Wer hingegen alles kontrollieren will, ist auch umfassend verantwortlich. Aus noch einem anderen Grund war die Verantwortung für die Arbeiterklasse nicht ohne weiteres abzugeben: War Sozial- und Konsumpolitik in beträchtlichem Maß auch vom machterhaltenden Machiavellismus der Kader motiviert, so waren die zugrunde liegenden Absichten und Ziele von der alten Garde der noch in der alten Arbeiterbewegung sozialisierten Funktionäre doch durchaus auch ernst und ehrlich gemeint.

Folge der rigiden und alternativlos geltenden gesellschaftspolitischen Festlegungen war die Wagenburgmentalität der späten Jahre. Die – aus der Perspektive der DDR-Führung – beunruhigenden Entwicklungen in den sozialistischen Bruderländern verwandelten sich in Feindbilder und abschreckende Exempla. Ähnliches war bereits im Blick auf den Prager Frühling und die polnischen Dezemberunruhen von 1970 der Fall gewesen. Die aus staatssozialistischer Sicht chaotischen 1980er Jahre in Polen trugen zusätzlich zur Verhärtung, Versteifung und Einigelung bei. Die Anerkennung der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* im Jahre 1980 und die Aufhebung des Kriegsrechts 1983 waren aus der Sicht der DDR-Führung Siege der Konterrevolution. Mit dem Anwachsen der Reformbewegungen in Polen und Ungarn wurde die DDR – neben der ČSSR – im Ostblock zu einer der wenigen Zitadellen der Orthodoxie.³²

³² Vgl. MICHAEL KUBINA, MANFRED WILKE: Hart und kompromißlos durchgreifen. Die SED kontra Polen 1980/81, Berlin 1995; Podium „Solidarnosc 1980/81 und die Folgen in Polen, in den sozialistischen Nachbarländern, insbesondere in der DDR, sowie im Ost-West-Verhältnis“, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 12. Wahlperiode, Band V/1, Baden-Baden 1995, S. 197-238.

Wäre die Parteispitze der DDR etwa um die Mitte der 1980er Jahre in einen ehrlich gemeinten, offenen und konstruktiven Dialog mit der Bevölkerung über die Zukunft des Sozialismus eingetreten – welchen Verlauf hätte dieser Dialog nehmen können? Hätte man über eine weitere Runde sozialistischer Reformen debattiert? Oder hätte man, so lautet die rhetorische Frage, mit dem Politbüro über die Abschaffung der DDR diskutieren sollen? Beide Optionen waren offensichtlich unrealistisch. *Tertium non datur*. Der Realsozialismus war *ultima ratio*, seine Entwicklungspotenziale waren nach dem Scheitern der *per definitionem* systemimmanenten, zur Liquidierung des Machtmonopols der Partei nicht fähigen Reformen erschöpft. Damit war, vernachlässigt man die Tiananmen- oder die nordkoreanische Option, eigentlich nur mehr der Systemwechsel denkbar: Diese These steht gegen die Auffassung der wachsenden Schar der Nostalgiker, denen zufolge ein irgendwie geläuterter und modernisierter Kommunismus doch noch, wie auch immer, reüssiert hätte, wäre ihm noch eine Chance eingeräumt worden. Weil die *objektiven* Bedingungen der Möglichkeit eines konstruktiven Lern- und Veränderungsprozesses nicht mehr gegeben waren, wären alle Diskurse und Debatten zwischen der Gesellschaft und *diesem* Politbüro belanglos geblieben. Aber auch die nach dem Abtreten Honeckers im Herbst 1989 auf den Plan tretenden Konzepte einer „Erneuerung des Sozialismus“ fallen unter dieses Verdikt der Nutz- und Aussichtslosigkeit: Zwar reduzierten das Aktionsprogramm der 10. ZK-Tagung³³ und die daraufhin von der Regierung der DDR beschlossenen Sofortmaßnahmen zur Beseitigung „bürokratischer Überspitzungen“ vom 11./12. November 1989 die Anzahl der Plankennziffern und Berichtsaufgaben um mehr als die Hälfte; sie nahmen die zentrale Planung auf die volkswirtschaftlichen Proportionen zurück und erweiterten die Kompetenzen der örtlichen Volksvertretungen. Über den gedanklichen Radius einer marktorientierten, entbürokratisierten sozialistischen Planwirtschaft mit „gesellschaftlichem Eigentum“ gelangten diese Vorstellungen von einer „Wende“ und der „Erneuerung des Sozialismus“ jedoch nicht hinaus: einer marktorientierten, entbürokratisierten sozialistischen Planwirtschaft mit „gesellschaftlichem Eigentum“, ohne die „führende Rolle der Partei“, aber dann eben doch wieder als Verkörperung der „Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten“. Diese vagen und widersprüchlichen Dritten Wege ließen die für eine radikale Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik erforderliche Energie und Präzision vermissen – ein instabiler Zwischenzustand, den die sich nun überstürzenden Ereignisse binnen kurzem überholten.

³³ Schritte zur Erneuerung. Aktionsprogramm der SED, in: Neues Deutschland vom 11./12.11.1989.

Fazit und Ausblick

Die amtlichen Strukturen der DDR waren ultrastabil. Bis kurz vor dem Ende muteten sie beinhart an; als sie, im Herbst 1989, angetippt wurden, fielen sie unvermittelt in sich zusammen. Dies ließe sich beinahe auf einen einzigen Tag zuspitzen: auf den 18. Oktober, an dem der Rücktritt Erich Honeckers von allen Ämtern bekanntgegeben wurde. Nach dem Wechsel an der Spitze von Partei und Staat kam viel Zugluft in das Geschehen³⁴; die weiteren Abläufe sind allerdings nicht mehr Gegenstand dieser Ausführungen.

Der Anstoß für die Wende kam aus der ostdeutschen Gesellschaft. Sie befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf der Straße. Bis in die allerletzten Jahre der DDR war offene Opposition ein Grüppchen- und Nischenphänomen an der Peripherie der Gesellschaft gewesen: ein „Prenzlberg-Phänomen“³⁵ – wenn auch mit einer starken, lediglich durch wiederholte Exporte von Unruhepotenzial in Richtung Westen zeitweilig gebremsten Wachstumstendenz. Unverkennbar war in der finalen Phase der DDR auch das Fortschreiten von Einzel- zu organisierten Aktionen. Ungeachtet dessen verlief, sowohl in der Mitte der Gesellschaft als auch in den höheren und höchsten Rängen von Partei und Staat, die innere Abkehr vom Sozialismus bis kurz vor dem Zusammenbruch schleichend. Die Stabilität der Parteiherrschaft verdeckte zwar nur mehr notdürftig die wachsende Unzufriedenheit. Aber sie verdeckte diese eben doch (noch).

Herrschaft und Gesellschaft der späten DDR waren durch eine deutliche Demarkationslinie geschieden. Eine Kommunikation über diese hinweg fand bis zur Abdankung Honeckers so gut wie nicht statt. Erstaunlich ähnlich mutet das Ablaufmuster in der ČSSR an: Auch hier folgte auf die Ultrastabilität und die Sprachlosigkeit der „Normalisierung“ die Implosion. Die ostdeutsche Gesellschaft trat aus der apolitischen Privatheit ihrer Wochenend-Datschen, die tschechoslowakische aus der *chata* auf die Straße hinaus und in die Politik hinein. Was dort die Montagsdemonstrationen waren, war hier die Volksversammlung auf dem Wenzelsplatz. Hier wie dort wäre der Frage nachzugehen, inwieweit und wie im Einzelnen die Wende- und Nachwendegesellschaft aus der staatssozialistischen Flüster-, Mecker-, Samizdat- und Netzwerkegesellschaft herausgewachsen ist.

Das Todesurteil über den Staatssozialismus war Anfang der 1970er Jahre gesprochen worden. Die Wege zur Vollstreckung waren, um im Bild zu bleiben, unterschiedlich. Damit öffnet sich abschließend die Perspektive des Vergleichs zwischen DDR und ČSSR einerseits, Polen und Ungarn andererseits.³⁶

³⁴ Eine Erklärung des Herauskippens aus der Ultrastabilität müsste vermutlich chaostheoretische Konzepte wie die „Informationskaskade“ heranziehen.

³⁵ So benannt nach dem Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg, der Hochburg der regimekritischen bzw. zumindest der offiziellen DDR fernstehenden Szene(n).

³⁶ Vgl. zum Folgenden CHRISTOPH BOYER: Einleitung, in: Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn,

Beide Länder standen unter ähnlichem Problemdruck wie DDR und ČSSR. Auch dort verfolgten die Regime konsumpolitische Kurse: Polen prononciert in der Ära Gierek, während der Kádárismus in Ungarn bereits in den 1960er Jahren den sprichwörtlichen Gulaschkommunismus in das Arsenal seiner Herrschaftstechniken aufgenommen hatte. Beide Pfade endeten in einer gigantischen Devisenverschuldung. Allerdings war weder in Polen noch in Ungarn um die Wende zu den 1970er Jahren eine politisch-ökonomische Restauration ähnlich der in DDR und ČSSR zu verzeichnen; folgerichtig fehlte die tief einzementierte und aus der Festung heraus verteidigte Gesellschaftsstrategie. Der polnische wie auch der ungarische Parteistaat steuerten in eine Art Erosion; sie zogen sich aus der Gesellschaft partiell zurück und gaben Stück um Stück Terrain auf. Die Gründe stehen an dieser Stelle nicht zur Erörterung an. Ebenso wie die Beziehungen zwischen Herrschaft und Gesellschaft generell entwickelten sich in der DDR und der ČSSR einerseits, in Ungarn und Polen andererseits auch die Kommunikationen und Diskurse unterschiedlich. Oben und unten waren in Ungarn und Polen sehr viel intensiver aufeinander bezogen und miteinander verflochten – in Polen war das Verhältnis antagonistisch, ja offen feindselig, während für den ungarischen Fall schleichende Kollusion charakteristisch erscheint. Während die polnische Gesellschaft sich Freiräume erkämpfte, fand in Ungarn eine Art verstohlene Landnahme statt. Beide Szenarien endeten jedoch nicht in einer Implosion, sondern in einem langgestreckten, in die ausgehandelten Übergänge an den Runden Tischen mündenden Transformationsprozess. Dass die beiden Fallgruppen sich in dieser Hinsicht unterschiedlich ausnehmen, hat vermutlich auch die Bedingung der Möglichkeit von Verflechtungen und medialen Transfers zwischen ihnen beeinträchtigt – eine auf den ersten Blick plausible Vermutung, die empirisch zu erhärten weiteren Untersuchungen vorbehalten bleibt.

die DDR und Jugoslawien im Vergleich, hrsg. von DEMS., Frankfurt a.M. 2007, S. IX-XLII.

Summary

Unwillingness to learn and refusal to communicate: the Politburos of the GDR and Czechoslovakian Communist Parties as restraining factors in the "1989 process"

There is no dispute that in the events of 1989 many of the impulses came from the media, from the developing civil society and from the grass roots in general. There were, however, areas and institutions in late socialist society which were largely sealed off from the influence of the developing critical popular movement. They were resistant to change and largely incapable of learning from experience. The most prominent examples of "burying their heads in the sand" were the top party leaderships in Czechoslovakia and in the GDR (Hungary and Poland in some respects presented a different picture). It was not only "biological" reasons, that is to say the increasing paralysis of an ageing top leadership, but also the social composition of the ranks of the party, with its internalised tram-line patterns of thinking, its clearly identified enemies, and its permanent requirement to toe the party line, which resulted in the fact that in 1989 there was a total absence among the leadership of any will, readiness, experience, qualification or imagination, which went beyond the confines of bureaucratic socialism. This structural sclerosis points to inherent barriers to learning existing within Soviet-type systems; this was responsible for the fact that, in the wake of the revolution, the top leadership of the Party was unable to transform itself, but simply and finally left the political stage unmourned and almost unremarked.